

# Waterkantgate: „Licht brennt im Parterre“

Eine neue, verblüffende Wendung nimmt, in der zehnten Woche, die Kieler Waterkantgate-Affäre. SPIEGEL-Recherchen haben ergeben: Ein Jahr vor der Wahl, schon bevor Reiner Pfeiffer in Barschels Dienste trat,

wurde der SPD-Spitzenmann Björn Engholm bespitzelt – im Auftrag noch unbekannter Hintermänner aus Wirtschaft oder Politik. In einer Woche beobachteten sogar sechs Detektive das Engholm-Haus in Lübeck.

Zwei Detektive bezogen Posten, der Zeine nördlich vom Objekt in der Lübecker Jürgen-Wullenwever-Straße, der andere südlich am Moltkeplatz. Ihr Auftrag lautete: „Beobachtung von Personen, die nicht zum Haus Nr. 9 gehören, keine direkte Observation der Zielperson“.

Die Beschatter notierten Autokennzeichen und erfragten bei Straßenverkehrsämtern – unter Vorzeigen einer falschen Kripomärke – die Halter der



**Detektiv Rüdell**  
Blondine beobachtet

Fahrzeuge. In der ruhigen Wohnstraße machte das wenig Arbeit, es parkten da immer wieder dieselben Autos: ein weißer Mercedes, ein roter Porsche, ein weißer BMW.

In einer Kladde hielten die Späher auch kurze Personenbeschreibungen der Fahrer fest. Mit dem BMW beispielsweise fuhr eine „Frau, ca. 24 Jahre, schlank, hellblonde, halbblange Haare“ – Freundin einer Tochter von Björn Engholm, dem schleswig-holsteinischen SPD-Oppositionsführer.

Engholms Besuchern galt das Interesse von Robert Böhm und Stefan Rüdell, zwei freien Mitarbeitern der Düsseldorfer Detektei Condor – noch bevor die Detektive des Reiner Pfeiffer tätig wurden.

Die rheinische Firma wirbt mit „langjähriger Geheimdienstertfahrung“. Dennoch konnten die Ermittler lediglich Be-



Engholm-Wohnung in Lübeck: „Waterkantgate wird zum Super-Gau“



**Detektiv Hertlein**  
Einsatz gelegnet

langloses aufschreiben: „Licht brennt im Parterre“ oder auch nur „keine besonderen Vorkommnisse“.

Dann gab es aber doch welche. Die beiden Spürnasen fielen einer Polizeistreife auf, die für kurze Zeit sogar ihre Funkgeräte beschlagnahmte. Die heimli-

chen Späher mußten die Apparate aus ihren Autos ausbauen; sie bekamen sie erst zurück, nachdem sie ihre Funklizenz vorgezeigt hatten.

Arger mit der Polizei gehört zum Berufsrisiko von Privatdetektiven, die meist hart am Rande der Legalität operieren und nicht selten ihre Befugnisse überschreiten. Böhm und Rüdell flogen indes auf, weil sie, Ende Januar, nicht die einzigen waren, die vor dem Engholm-Haus auf der Lauer lagen; zeitweise tummelte sich da ein halbes Dutzend Detektive.

Zunächst, am 27. Januar, bemerkten die Condor-Leute, daß sich zwei Konkurrenten auf ihrer Funkfrequenz über dasselbe Beobachtungsobjekt unterhielten: Sie stellten sich als Gerhard Wittmann und Karl Wunderer, Mitarbeiter der Münchner Detektei Hertlein, vor. Zwei Tage später bekamen die Rheinländer Funkkontakt zu zwei weiteren Kollegen, die mit ihren Autos in einiger Entfernung von der Engholm-Wohnung parkten.

Gegenüber Böhm und Rüdell behaupteten sie zwar, „ein anderes Objekt zu observieren“. Aber diese Ausrede ist mittlerweile durch gesicherte amtliche Erkenntnisse widerlegt: Es handelte sich um Hermann Dierken, 33, und Bernd Jabben, 27, die für die Bremerhavener Detektei Harry Piel im Einsatz waren.

Dessen Auftraggeber wiederum war Reiner Pfeiffer, damals frisch bestallter

Medienreferent in der Pressestelle der Kieler Staatskanzlei, in Wahrheit aber damit beschäftigt, politische Gegner des CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel mit schmutzigen Tricks zu demontieren. Zu den Abartigkeiten des Waterkant-Wahlkampfes gehörte die Ausforschung von Engholms Privatleben – mit der Vorstellung der Urheber, daß der populäre SPD-Spitzenmann von der Regierungsmacht ferngehalten werden könnte, wenn ihm ein privater Fehltritt nachzuweisen wäre.

In jener letzten Januarwoche, in der es zum skurrilen Stelldichein gleich dreier Detektiv-Teams vor dem Engholm-Haus kam, endete der Lübecker Einsatz des Duos Böhm/Rüdel – ein Einsatz, der, wie SPIEGEL-Recherchen ergaben, bereits im September letzten Jahres begonnen hatte.

Die – bislang unbekannt gebliebene – Beschattungsaktion wirft eine Reihe neuer Fragen auf, die Stoff für neue Vernehmungsserien vor dem Kieler Untersuchungsausschuß und durch die Lübecker Staatsanwaltschaft liefern.

Denn: Pfeiffer, im Herbst letzten Jahres noch Redakteur eines Bremer Wochenblattes, kann der Hintermann dieser Observierungsaktion nicht gewesen sein. Die Auftraggeber bleiben einstweilen im dunkeln: Condor-Chef Peter Hinzen verweigerte vorige Woche jegliche Auskunft, der Münchner Konrad Hertlein leugnete den Lübecker Einsatz.

Ob Uwe Barschel bereits vor einem Jahr Detektive gegen seinen Konkurrenten Engholm in Marsch gesetzt hat, ob statt dessen oder daneben ganz andere Auftraggeber, etwa aus der Großchemie oder der Atomindustrie, auf eigene Faust Detektive beauftragt haben, um Material gegen den Chemiekritiker und Atomstromgegner Engholm zu beschaffen, das alles war letzte Woche unklar.

Unter SPD-Politikern kursiert seit längerem das Gerücht, ein mächtiger Industrieverband lasse systematisch prominente Sozialdemokraten und Grüne ausspionieren, um Material gegen vermeintliche Systemveränderer in die Hand zu bekommen. Der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen etwa spekulierte über ein „politisch-industrielles Komplott“; er fragte öffentlich, „ob es in der Industrie offensichtliche Bereitschaft und Verfahrensweisen gibt, gegen kritische Kräfte, die nicht den Industrieauffassungen entsprechen,

vorzugehen und dafür Geld und Unterstützung zur Verfügung zu stellen“.

Wer immer die Hintermänner in der Vor-Pfeiffer-Zeit waren, der Masseneinsatz von Detektiven vor dem Haus des Kieler Oppositionsführers markiert die bislang wohl verblüffendste Wendung in dem schleswig-holsteinischen Superskandal, dessen Dimensionen bereits beispieldlos waren, bevor er in die zehnte Woche ging.

„Was um Uwe Barschel geschehen ist“, urteilten die „Lübecker Nachrichten“, „hinterläßt ungleich tiefere Spuren als frühere Affären – ob es nun um Hans Globke ging (1953), um die Ausrüstung der Luftwaffe mit dem ‚Starfighter‘ (1958), um die SPIEGEL-Affäre (1962), um den Spionagefall Guillaume (1974) oder in den letzten Jahren um Parteispenden und die Neue Heimat.“



Wahlkämpfer Barschel, Engholm  
„Nichts Entlastendes gefunden“

Schon bevor sich die Waterkant-Christdemokraten am letzten Wochenende in Timmendorfer Strand zum Landesparteitag versammelten, befand die Deutsche Presse-Agentur (dpa): „Waterkantgate ist zum politischen ‚Super-Gau‘ geworden“, die Barschel-Affäre habe zur „schwersten Krise in der Geschichte der CDU des Landes“ geführt. Hunderte von Mitgliedern sind ausgetreten, unter den Verbliebenen fühlen sich viele orientierungs- und führungslos – ihr Landesvorsitzender Gerhard Stoltenberg hatte sich in den Kieler Krisenwochen lieber fernab in Bonn um seine Steuerreform gekümmert.

Tief zerstritten zeigen sich die Schwarzen in der Frage, ob sich die Union in der Barschel-Affäre weiterhin, wie versprochen, um „rückhaltlose Aufklärung“ und um „Klarheit und Wahrheit“ (CDU-Landesverband) bemühen solle – oder ob es nach Barschels Tod nicht besser sei, den Fall aus Gründen der Pietät oder

der Kameraderie möglichst schnell zu vernebeln.

Diesem Konflikt fielen letzte Woche zwei Männer zum Opfer, die kraß entgegengesetzte Positionen vertreten:

▷ Trutz Graf Kerssenbrock, 33, der als CDU-Obmann im Kieler Untersuchungsausschuß hartnäckig auf einer Aufklärung der Mittäter- und Mitwisserschaft Barschels bestanden hatte, gab unter dem Druck der Partei sein Amt ab (siehe Seite 144);

▷ Professor Erich Samson, 47, der im Auftrag der Barschel-Familie als „Hüter der Interessen des toten Uwe Barschel“ aufgetreten war, stellte seine Mitarbeit im Ausschuß ein, nachdem er Kerssenbrock der „Vorverurteilung“ des Verstorbenen bezichtigt hatte.

Moralisch unterstützt von den wenigen Liberalen im mehrheitlich stramm rechts orientierten CDU-Landesverband, hatte Graf Kerssenbrock mit Akribie und Ausdauer Berge von staatsanwaltschaftlichen Vernehmungsprotokollen studiert und im Ausschuß scharfe Fragen auch an Parteifreunde gerichtet. Über die Reaktionen der CDU-Basis berichtete der Graf schon letzten Monat: „Wir bekommen furchtbare Prügel von unseren eigenen Leuten.“

Schier unüberbrückbar schien schließlich die Kluft zwischen dem sachkundigen Kerssenbrock, der auf immer mehr Indizien für ein Mitverschulden Barschels stieß, und großen Teilen des christdemokratischen Parteivolks, deren Mentalität die CDU-Abgeordnete Irmind Heiser, ebenfalls Mitglied des Untersuchungsausschusses, letzte Woche so beschrieb: „Sie mögen einfach den Dingen, die bisher ans Tageslicht gekommen sind, nicht ins Auge schauen.“

Viele CDU-Mitglieder kennen den Fall ohnehin nur aus den Blättern des Springer-Konzerns, der, selber tief in die Barschel-Affäre verstrickt, die Leser von „Bild“ und „Welt“, „BamS“ und „WamS“ vorzugsweise mit mehr oder weniger abenteuerlichen Spekulationen über Mord- und Komplott-Theorien bedient, wie sie Barschel-Anwalt Samson verbreitet (siehe Seite 153).

„Vollmundig hatte er ‚Beweise‘ angekündigt“, resümierte dpa am Wochenende Samsons Vorgehensweise, „bis heute hat er nur Fragen gestellt.“

Samson sei „für Geschichten gut, die sich am Frühstückstisch schön lesen“ – anders als die Fakten und Uhrzeiten, mit denen sich der Untersuchungsausschuß herumschlagen müsse, klagten CDU-Fraktionsmitglieder. Im übrigen habe der Barschel-Advokat mit seiner Effekthascherei nur für „Beschwernisse auf dem ohnehin steinigen Weg“ zur Wahrheit gesorgt.

Um den von Samson angefachten Spekulationen entgegenzutreten, lud die CDU-Fraktion am Dienstag letzter Woche zehn Journalisten in das feine Hotel „Kieler Kaufmann“ ein. Kerssenbrock

# „Das wäre der Selbstmord der Partei“

SPIEGEL-Reporter Hans-Joachim Noack über den CDU-Politiker Trutz Graf Kerssenbrock

Der Donnerstag letzter Woche ist für den schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten Trutz Graf Kerssenbrock der „seit längerem schönste Tag gewesen“. Schon in der Frühe hat sich da der Sozius einer Kieler Anwaltskanzlei in sein Büro begeben, um endlich mal wieder im angestammten Beruf zu arbeiten. Statt der Affäre „Pfeiffer/Barschel“ nachzusteigen, befaßt er sich mit einem Problem der Milchquotenregelung.

Vollends bei der Sache ist der betriebsame Adelsherr zwar noch nicht, aber das verzeiht er sich. Denn noch immer hämmert in seinem Kopf jener Eklat vom Vortag – der abrupte Ausstieg als Obmann der Christdemokraten aus dem Kieler Untersuchungsausschuß. Freunde rufen an, um ihm Beistand zu leisten. Angestellte der Kanzlei bieten einfühlend „Streicheleinheiten“.

Das tut dem 33jährigen Juristen gut, und er spürt befriedigt, wie ihm eine „zentnerschwere Last“ von seinen nicht gerade breiten Schultern fällt. Vorbei die Wochen einer Quälerei – eines „zunehmend grausamen Drucks“ –, die ihm schmerzend an Körper und Seele gegangen sind.

Kerssenbrock, im schleswig-holsteinischen Dauerdrama das neueste Opfer, kommentiert seine Demission im Stile eines um Haltung bemühten Parteisoldaten. Daß er nun nicht mehr dabei ist, nachdem er Journalisten „Arbeitspapiere“ aushändigte, die den ehemaligen Regierungschef ein weiteres Mal schwer unter Beschuß nehmen, findet er in Ordnung so: „Das Verfahren war formal nicht okay, und ich trage die Verantwortung dafür.“

Eine Selbstbezeichnung ist das, die ihm freilich derart flüssig über die Lippen kommt, daß schon durchscheint, wie im Grunde unbedeutend er sie empfindet. „In der Sache selber“ bleibt der junge Mann, der vor mehr als 17 Jahren der CDU beitrug, statt dessen unbeirrbar. Ähnlich seinem geistigen Ahnherrn Martin Luther („Hier stehe ich! Ich kann nicht anders“) sieht sich nun auch der überzeugte evangelische Christ Kerssenbrock ohne Verhaltensalternative.

Die wiederholt scharfe Kritik, er habe von Anfang an den unglückseligen Uwe Barschel vorverurteilt, hält er für unsinnig und zudem für eine Behauptung, die ihn in seiner Berufsehre kränkt. Trotz setzt der einzige praktizierende Volljurist der Unionsfraktion dagegen, er habe bislang „in keiner einzigen Sachfrage falsch gelegen“.

Aber ist die Klärung solcher Fragen – soll heißen, das akribische Aufspüren

aller den Skandal stützenden Details – in seiner Partei überhaupt erwünscht? Der Graf bezweifelt das. Spätestens nach den ersten Zeugenaussagen zum Nachteil Barschels, die der Ermittler deutlich beim Namen genannt hat, ist ihm der an der Basis grassierende „Irrationalismus“ ins Bewußtsein gedrungen.

Den zu festigen, sagt er mit funkelnden Augen unter den buschigen Brauen, „bin ich aber nicht angetreten“. Jeder in



Christdemokrat Graf Kerssenbrock  
„Vorverurteilung – daß ich nicht lache“

der Fraktion, ruft der promovierte Jurist den entsetzten Parteifreunden ins Gedächtnis, habe sich bei seiner Entsendung in den Untersuchungsausschuß über seine prinzipielle Haltung klar sein müssen.

Nein, was immer ihm nun als „Nestbeschmutzerei“ vorgeworfen wird, kann ihn nicht anfechten – er fühlt sich in seiner Auffassung bestätigt. Zu keiner Zeit, so suggeriert sich der Youngster in den Stunden des unvermittelten Karriereknicks, habe er sich stärker im Einklang mit sich selbst und seinem „Verständnis von lebendiger Demokratie“ befunden.

Mag sein, daß das in dieser vorgeblich schieren Lauterkeit ein bißchen zu dick aufgetragen ist. Andererseits wird in den

Reihen der CDU-Parlamentarier herausgestellt, wie sehr der in Kiel geborene und auf einem Landsitz im holsteinischen Tralau aufgezogene Aristokrat „schon seit eh und je erkennbar anders war“.

Knochig konservative Westküsten-Abgeordnete erinnern sich mit Unbehagen an einen Junge-Union-Vorständler, der da 1983 im Look der siebziger Jahre – vollbärtig, langmähmig und mit Vorliebe für alternative Rollkragenpullover – in das Landeshaus an der Kieler Förde einzog. Er galt als ein Fremdling, dem man nicht traute und der mit Kämpferlust gegen die übliche Pöstchenwirtschaft oder anderweitige Kungeleien aufbegehrte.

Trutz Graf Kerssenbrock, seinem eigenen Credo folgend, in der Rolle des jugendlich ungestümen „Unruhestifters“. Zugleich war er aber auch auf irritierende Weise „der Mann Barschels“, mit dem er von Anbeginn seiner parteipolitischen Laufbahn locker auf Duzfuß stand.

Ein verkappter Revolutionär ist der nun plötzlich von der „Welt“ als „zweitklassig“ abgemeierte Christdemokrat sicher nicht, wohl aber ein Freigeist, der allem voran seinen Wahrnehmungen folgen möchte. Selbsttäuschung oder – ärger noch – „ein bewußtes Handeln gegen das, was der Verstand einem grundsätzlich ermög-

licht“, hält er für „intellektuell unverantwortlich“.

Gerade weil er seinen Ministerpräsidenten so gut zu kennen glaubte und ihm die in Rede stehenden Verstrickungen „niemals zugetraut hätte“, nahm sich der penible Jurist so mit zunehmender Ermittlungsarbeit in die Zucht. Ursprünglich arglos – „bis ich nach den Bekundungen des Finanzministers Asrnussen fast vom Stuhl fiel“ –, forschte er von Stund an zumindest ebenso wacker nach Wahrheit und Klarheit wie seine Ausschußkollegen von der SPD.

Vorverurteilung? „Daß ich nicht lache“, sagt Kerssenbrock grimmig – wenn sich denn da einer zu beschweren habe, könne doch wohl eher er ein Klageglied anstimmen. Je konsequenter er sich auf-

tragsgemäß in die schwierige Materie hineinkniete, desto unverblümter fielen selbst Mitglieder der Christenpartei von ihm ab, „die ich als Freunde sah“.

Das hat den Ermittler tief verletzt und ihm wie seiner Frau „schlaflose Nächte bereitet“. Mit dem Anflug eines entgeisterten, fast schon kindlichen Erstaunens versichert der unversehens zur „nationalen Berühmtheit“ („Bild“) aufgestiegene Adelige, daß er „ein derartiges Maß an Verdrängungsfähigkeit nie für denkbar gehalten habe“.

Doch was ändert das? Die darüber entstandene Bitterkeit soll ihn nicht hindern, jetzt erst recht auf der ihm als unerläßlich erscheinenden Analyse zu bestehen. Wahr ist – nach Kerssenbrock –, daß „erst der tote Uwe Barschel“ bewerkstelligt habe, die Partei „in einen Zustand der völligen Desorientierung zu treiben“. Die schleswig-holsteinische CDU nehme so zu großen Teilen dessen Schuld „schlicht nicht zur Kenntnis“, und insbesondere die Basis wehre ab, was ihr allein zu einem allumfassenden Neuanfang verhelfen könne.

In der Manier beinahe eines unerbittlichen linken Gesellschaftskritikers glaubt der Christdemokrat auch zu wissen, warum: Gerade die „in bürgerlicher Autoritätsgläubigkeit“ verharrende CDU sei für solche Verhaltensmuster anfällig, „weil von ihr der Barschelsche Herrschaftsanspruch zu dessen Lebzeiten voll erfüllt worden ist“.

Redet so ein Politiker, der sich in seinen Reihen noch Chancen ausrechnet? Der Graf sieht sich allen Ernstes noch längst nicht im Abseits, sondern in einer Position, aus der heraus sich zu kämpfen lohnt. Denn verläßt die CDU nach Kerssenbrocks Bewertung „den Kurs der Aufklärung, wäre das der Selbstmord der Partei“.

Noch fightet er folglich, um der Sache willen. Der Dr. jur., der bei den CDU-Sozialausschüssen der Bundeschiedsstelle vorsteht, möchte für sich in Anspruch nehmen, „ein Stück jener vielzitierten neuen und tatsächlich nötigen politischen Kultur erprobt zu haben“. Und er sagt das mit einer Selbstverständlichkeit, als könne er sich notfalls auf mächtige Bündnispartner berufen.

Erkennbar ist aber derweilen nur, daß ihm Teile der FDP den Rücken stärken – deren stellvertretender Vorsitzender Wolfgang Kubicki zum Beispiel. Zweifelhafte ist da schon, ob sich der Landeschef Wolf-Dieter Zumpfort seines großen Wortes („Kerssenbrock ... eine Art Hoffnungsträger“) noch lange erinnern wird.

Ende oder Wende? Der agile Graf, der Politik auch in diesen windigen Zeiten mit ausgesprochener Leidenschaft betreibt, hält in seiner schwer durchschaubaren Lage „alles für möglich“.



**Freidemokraten Genscher, Zumpfort:** Warnung vor der Kieler Krankheit

und CDU-Fraktionsgeschäftsführer Norbert Scholtis verteilt und erläuterten zwei „Arbeitspapiere“, die penibel und schonungslos die „bisherigen Ermittlungsergebnisse des Untersuchungsausschusses“ zusammenfaßten – zum Nachteil des früheren Ministerpräsidenten.

In der Tat waren viele der zugunsten Barschels aufgegebenen Entlastungszeugen vor dem Ausschuß ins Wanken geraten oder der Unwahrheit überführt worden. Dem einstigen Barschel-Referenten Reiner Pfeiffer hingegen konnten zwar ein streckenweise zwielichtiges Vorleben und einige Ungenauigkeiten nachgewiesen werden – der Kern seiner Vorwürfe hat sich aber mit Dutzenden von Details belegen lassen.

Krachend zusammengebrochen war vor dem Ausschuß die Aussage jenes „Kronzeugen“ („Bild am Sonntag“), auf den sich Barschel noch kurz vor seinem Rücktritt berufen hatte: Der Kaufmann Günter Klaus Radue könne bezeugen, daß Pfeiffer „nicht im Interesse der CDU“ gehandelt, sondern vielmehr beabsichtigt habe, im Auftrage eines Unbekannten „einen Führungswechsel in Schleswig-Holstein herbeizuführen“.

Radue war gleich nach der Landtagswahl mit der Behauptung in die Presse gegangen, Pfeiffer habe sich bei ihm bereits im August telefonisch nach Abhörgeräten erkundigt – lange bevor der Medienreferent nach eigenem Bekunden von Barschel mit der Beschaffung einer Wanze beauftragt worden war.

Vor dem Untersuchungsausschuß mußte Radue nun einräumen, er könne, nachdem er mehrfach Pfeiffers Stimme gehört habe, „mit Sicherheit“ sagen, daß der Anrufer *nicht* identisch gewesen sei mit dem Barschel-Helfer Pfeiffer.

Massive Zweifel bei Ausschußmitgliedern weckten die Aussagen von Barschel-Vertrauten, die dem damaligen Ministerpräsidenten kurz vor dessen

„Ehrenwort“-Pressekonferenz mit eidesstattlichen Versicherungen beigesprungen waren – etwa Barschels Sekretärinnen, die einen (nachweislich eingegangenen) Einschreibebrief nicht gesehen haben wollten, oder Barschels Fahrer, der ein (nachweislich geführtes) Autotelefonat nicht bemerkt haben will.

Pfeiffers direkter Vorgesetzter, Regierungssprecher Gerd Behnke, 47, mußte vor dem Ausschuß einräumen, von zumindest zwei Aktionen gewußt zu haben: Von Pfeiffer sei er, bestätigte Behnke, über Barschels Wanzen-Wünsche unterrichtet worden; diese Information habe er aber als „schlechten Scherz“ empfunden und verdrängt. Außerdem, gestand Behnke, habe das Innenministerium ihn im März darüber informiert, daß Pfeiffer sich um Verfassungsschutzdaten über Kandidaten der Grünen bemüht habe; diese Aktion habe er Pfeiffers „journalistischem Übereifer“ zugeschrieben.

Wer sonst noch Mitwisser Pfeifferscher Aktionen war, blieb bislang nebulös. Allerdings erscheint die Verstrickung des ehemaligen stellvertretenden Regierungssprechers Herwig Ahrendsen in die Affäre um so enger, je länger die Ermittlungen andauern; neuerdings gilt er vor dem Ausschuß als „Betroffener“, dem ein Aussageverweigerungsrecht zusteht. Pfeiffer bezeichnete ihn am Wochenende als „die Schlüsselfigur des ganzen Skandals“, Ahrendsen habe „von Anfang an über alle Aktionen Bescheid gewußt“.

Die Zweifel an Ahrendsens Unschuldsbeteuerungen wuchsen, als vor dem Ausschuß der ehemalige Dithmarscher CDU-Geschäftsführer Klaus Thiessen aussagte. Pfeiffer, berichtete der Parteifunktionär, habe ihn gebeten, seinen Namen für eine – später anonym erstattete – Steueranzeige zur Verfügung zu stellen. Telephonisch „avisiert“ wor-

den sei ihm Pfeiffer von Regierungssprecher Ahrendsen.

In der Kieler Presseszene hatte Ahrendsen sich schon vor der Affäre den Ruf erworben, „Barschels Beißer“ zu sein – dem Herrn ergeben, anderen gegenüber aggressiv. Die Arbeit in Ahrendsens Pressestelle, urteilte letzte Woche das Fachblatt „Journalist“, sei vom Glauben an die „fast totale Manipulierbarkeit der Medien im Lande“ geprägt gewesen.

Ahrendsens Manipulationswille machte offenbar auch nicht vor dem Parlament halt. Empört reagierten Untersuchungsausschuß-Mitglieder, als der Barschel-Vertraute kaltlächelnd zugab, daß Zeugenaussagen von Angehörigen der Staatskanzlei vorher abgesprochen waren. „Entsprechend wirken auch die Aussagen solcher Zeugen“, meldete letzte Woche Volker Skierka, Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, aus dem Untersuchungsausschuß.

Geradezu niederschmetternde Auswirkungen auf Ahrendsens Glaubwürdigkeit hatten Zeugenaussagen zu der Schlüsselfrage, ob Barschel seinen Helfer Pfeiffer, wie der an Eides Statt behauptet, am 8. September gegen 20 Uhr zwecks Wanzen-Beschaffung vom Autotelephon aus angerufen hat.

Barschel hatte, ebenfalls an Eides Statt, bestritten, an diesem Tag überhaupt mit Pfeiffer telephonierte zu haben. Als überraschend eine Post-Auskunft publik wurde, derzufolge Pfeiffers Privatanschluß laut Telephon-Computer am fraglichen Tag um 20.07 Uhr sehr wohl von Barschels Dienstwagen aus angewählt worden ist, erklärte Ahrendsen, er selber habe zu dieser Zeit vom Parkplatz vor dem Hamburger Springer-Verlagshaus aus mit Pfeiffer telephonierte.

Schlimm für Ahrendsen, daß am Montag letzter Woche – nach etlichen verwirrenden Auskünften des Kieler Innenministeriums – Barschel-Bewacher Franz-Joachim Poppe mit exakten Angaben aufwarten konnte: Der Dienstwagen mit dem Ministerpräsidenten habe den Parkplatz etwa um 20.00 Uhr verlassen – ohne Ahrendsen; Barschel muß demnach selber mit Pfeiffer telephonierte haben.

Daß in Sachen „Wanzen-Beschaffung“ die von Barschel an Eides Statt gemachten Aussagen „kaum noch haltbar“ seien, steht auch in Graf Kerssenbrocks Zwischenbericht. Präsentiert wurde das Papier der Presse mit dem Kommentar: „Wir haben versucht, unsere Schutzfunktion gegenüber Barschel wahrzunehmen. Aber wo wir auch ge-

graben haben, haben wir nichts Entlastendes gefunden.“

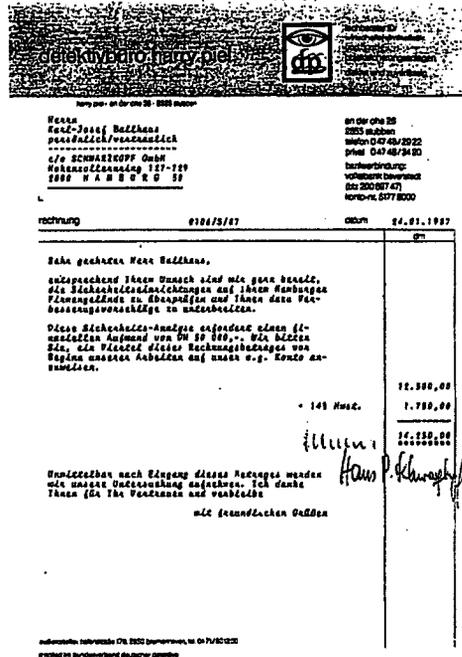
Im Gegenteil. Auch im Komplex „Anonyme Steueranzeige“ zum Beispiel habe Barschel offenbar die Unwahrheit gesagt. In dem Arbeitspapier heißt es dazu:

Zu diesem Gegenstand sind weitere Beweismittel im Ausschuß weder beantragt noch ersichtlich, so daß insoweit von einem Teilergebnis dahingehend ausgegangen werden muß, daß Dr. Barschel entgegen seinen mehrfach wiederholten Bekundungen bereits im Februar über den genauen Inhalt der anonymen Steueranzeige unterrichtet war. Dies bedeutet zwar nicht den Nachweis seiner Täterschaft, aber die Unwahrheit einzelner Erklärungen Dr. Barschels zu diesem Komplex.

hätten Anlaß zu Zweifeln gegeben, ob beim „Kampf um Mehrheiten und Mandate“ die „Annäherung an Wahrheit überhaupt ein bewußtes und gewolltes Ziel“ sei. Nur „Offenheit“, forderte Weizsäcker, könne „uns hindern, harte Tatsachen opportunistisch zu verschweigen“ – Passagen, die wie eine Gardinenpredigt an die Adresse der CDU Schleswig-Holsteins wirkten.

Sollten die nordelbischen Christdemokraten die Barschel-Affäre vertuschen wollen, droht ihnen neben liberalen Wählern auch der Koalitionspartner verlorenzugehen: die zum Weiterregieren dringend benötigte FDP.

Gleich nach dem Rückzug des Grafen Kerssenbrock erklärte FDP-Landesvorsitzender Wolf-Dieter Zumpfort, Kers-



*Handwritten notes:*  
Schwarzkopf GmbH  
Karl-Josef Ballhaus  
Rechnung an Herr Ballhaus  
127-129  
442 200 06, 50  
aufgegeben durch  
Wunsch und was gem  
beantwortet die Schwarzkopf  
auf Herrn Ballhaus  
zu überprüfen und dann die zu  
Unklarheiten klären  
Die 5 - Analyse kostet 75  
50 000 was ich Ihnen am besten  
der Rechnung belegen und  
beginnen ... anzunehmen  
unter der das nach Eingang  
deser Betrages unter was meine  
Arbeit annehmen. Ich danke  
für Ihre Bestätigung

**Sichergestellte Beweisstücke\*: „Politisch-industrielles Komplott“**

Kaum hatte die Presse über das Kerssenbrock-Papier berichtet, brach in der Landes-CDU ein Sturm der Entrüstung über den „kleinen Grafen“ (Parteisport) los.

Der Unmut in der Parteispitze war so groß, daß Kerssenbrock umgehend seinen Ausschußsitz zur Verfügung stellte. Er habe „versucht, durch rückhaltlose Aufklärung unserer Demokratie und der Wiederherstellung ihrer Glaubwürdigkeit zu dienen“, resignierte er. Doch „große Teile“ der Partei hätten „offenbar eine andere Vorstellung davon, was lückenlose Aufklärung bedeutet“.

Nicht ohne Grund hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Freitag letzter Woche bei einer Festrede in München bedauert, „die letzten Monate“

senbrock sei „eine Art Hoffnungsträger“ gewesen, der „auch in eigener Sache rückhaltlos ermittelt“ habe. Wenn die Affäre nicht weiterhin „genauso gründlich“ wie bislang aufgeklärt werde, wäre das „ein schlechtes Zeichen für die künftige Entscheidung über unsere Koalitionsaussage“.

Hinter den Absetzbewegungen der FDP in Kiel steckt Genscher, der täglich mehrere Male mit Zumpfort telephonierte. Genscher befürchtet, daß sich die FDP bei zu enger Berührung mit der Union mit der Kieler Krankheit infizieren könnte. Er hat seinen Freunden empfohlen, möglichst keine klare Festlegung auf die CDU vorzunehmen.

Die FDP, so Genschers Kalkül, dürfe nach den neuen Landtagswahlen nicht in eine Situation kommen, in der sich CDU plus FDP nicht mehr rechne. Dann werde es sehr schwierig, einen Weg zur SPD zu finden. Säuberung des „Saustalls“

\* Links: bei der Firma Schwarzkopf beschlagnahmte Piel-Rechnung (abgezeichnet von Ballhaus und Hans P. Schwarzkopf); rechts: laut Pfeiffer von Barschel diktiert Rechnungsentwurf.

(Zumpfort) forderte letzte Woche auch der Kieler FDP-Vize Wolfgang Kubicki. Er werde, drohte er, „als designierter Umweltministerkandidat“ nicht für eine CDU/FDP-Koalition in den Wahlkampf ziehen, wenn er nicht das Gefühl habe, daß die Union es „ernst meint“ mit dem von ihr proklamierten „politischen Neuanfang“.

Ob ein Neuanfang ohne jemanden wie Graf Kerksenbrock noch möglich ist, steht dahin. Der Graf hatte mit präzisen Fragen im Ausschuß dazu beigetragen, den wohl nebulösesten Teil der Kieler Affäre aufzuklären, die seit Wochen bekannte Bespitzelung Engholms Anfang dieses Jahres – eine Aktion, die laut Pfeiffer von Barschel angeregt, von Mitarbeitern der Detektei Piel ausgeführt und von einem Barschel-Freund, dem Shampoo-Manager Karl Josef Ballhaus, 59, bezahlt worden war.

Pfeiffer hatte am 9. September bei einem Hamburger Notar an Eides Statt zu Protokoll gegeben, Barschel habe ihm „Ende Januar“ in einem „persönlichen Gespräch“ mitgeteilt, er habe „berechtigte Anzeichen“ dafür, daß Oppositionsführer Engholm „sowohl homosexuell sei als auch ein ausschweifendes Leben mit dem weiblichen Geschlecht führe“. Der Ministerpräsident, so Pfeiffer, habe ihn beauftragt, „einen zuverlässigen Informanten oder eine Agentur ausfindig zu machen, die Engholm gezielt beschatten könnte, um diese Vorwürfe beweiskräftig zu erhärten“.

Aufgrund der vagen Zeitangabe („Ende Januar“), die Pfeiffer ohne Gedächtnisstütze aus seiner Erinnerung gemacht hatte, versuchte Barschel-Anwalt Samson den früheren Medienreferenten der Lüge zu überführen: Der Kieler Strafrechtsprofessor unterstellte Pfeiffer, er habe „den Beginn der Beschattungs-

aktion auf eigene Faust in Angriff genommen“, „ohne Auftrag und Kenntnis von Uwe Barschel“.

Doch Pfeiffer hatte sich lediglich im Datum geirrt: Ausweislich der Computerlisten, auf denen sämtliche von Pfeiffers Dienstapparat in der Kieler Staatskanzlei geführten Telefongespräche verzeichnet sind, war die Vorbereitung der Bespitzelungsaktion bereits am 9. Januar angelaufen. Von diesem Tag an stimmen alle nachprüfbaren Fakten mit Pfeiffers Schilderung lückenlos überein.

Anhand der registrierten Telephonate, von Dokumenten sowie der Aussagen von Zeugen vor der Staatsanwaltschaft und vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß läßt sich minutiös rekonstruieren, wie die Ausspähung Engholms ins Werk gesetzt wurde. Und obschon die Akteure alles unternahmen, die anrühige Observation mit Kodeworten und falschen Legenden zu verschleiern, führt die Spur direkt zu Barschel zurück.

Am Anfang stand ein Anruf Pfeiffers bei dem Bremer Staatsschutzbeamten Frank Herrmann, den er von seiner früheren Tätigkeit beim lokalen „Weser Report“ kannte. Der Kieler Medienreferent erkundigte sich, ob ihm der Kriminalhauptkommissar einen verlässlichen Detektiv empfehlen könne – der Polizist nannte Piel, Inhaber einer Detektei in Stubben bei Bremerhaven und Werkchutzmann beim Bremer Kaffee Röster Eduscho.

Am 13. Januar nahm Pfeiffer erstmals mit Piel telephonisch Kontakt auf, bis zum 20. Januar folgten sechs weitere Anrufe, bei denen „insbesondere hinsichtlich der Preisgestaltung für diesen Auftrag“ (Pfeiffer-Erklärung) verhandelt wurde.

Den Kostenvoranschlag, pauschal 50 000 Mark, berichtet Pfeiffer, habe er Barschel „kurz darauf“ mitgeteilt. Der Regierungschef habe ihm erklärt, daß er diese Summe „natürlich nicht aus meinem Bürgerfonds oder einer anderen Etatstelle abzweigen“ könne. Aber er habe „eine viel bessere Idee“.

Barschel habe ihm daraufhin erzählt, daß er mit dem Schwarzkopf-Manager Ballhaus „befreundet“ sei. Ballhaus werde „höchstwahrscheinlich bereit“ sein, „diese Summe aufzubringen“. Der Manager knüpfte an die Finanzierung des Detektiv-Einsatzes, wie Barschel seinem Mitarbeiter Pfeiffer „ein oder zwei Tage später“ eröffnet haben soll, allerdings „gewisse Bedingungen“.

„Zunächst“, so Pfeiffer in seiner eidesstattlichen Versicherung, „wünsche Ballhaus eine Auskundschaftung des ihm offenbar mißliebigen ARD-Journalisten Klaus Bednarz, zum anderen müsse die Auftragsbestätigung der Detektei Piel dahingehend kaschiert werden, daß durch Piel und seine Mitarbeiter nur eine „Sicherheitsüberprüfung des Betriebsgeländes der Firma Schwarzkopf in Hamburg“ auf dem Papier, das er seiner



Geschäftsführung vorlegen müsse, erscheinen dürfe.“

Da paßt genau ins Bild, was Ballhaus bei seiner Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft aussagte. Er habe sich, bestätigte der Schwarzkopf-Manager, nach einer Sendung des von Bednarz geleiteten TV-Magazins „Monitor“ im September vorigen Jahres, in der es um krebs-erzeugendes Dioxan in Haarshampoos ging, an Barschel gewandt.

Der Ministerpräsident, so Ballhaus weiter, habe ihm damals „zugesagt“, daß er die Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth „anrufen wolle“; die Bonner Politikerin sollte das Bundesgesundheitsamt anweisen, zur Ungefährlichkeit des Dioxans in Haarwaschmitteln öffentlich Stellung zu nehmen, um die Shampoo-Hersteller zu entlasten.

„Anfang Januar 1987“, bekundete Ballhaus vor der Staatsanwaltschaft, habe er Barschel in einem Telefonat berichtet, „daß die Firma eine weitere „Monitor“-Sendung über Dioxan o.ä. in unseren Kosmetik-Artikeln aufgrund neuerlich zugegangener Informationen befürchtete“. An dieses Gespräch, so läßt sich vermuten, könnte sich Barschel erinnern haben, als er um den 20. Januar einen Finanzier für den Detektiv-Einsatz gegen Engholm suchte.

In den Ballhaus-Aussagen erscheint nun allerdings ein großer Unbekannter. Just zu jener Zeit will der Schwarzkopf-Geschäftsführer einen seltsamen Anruf erhalten haben. Er könne, behauptet er, „heute nicht mehr präzise angeben“, ob der Gesprächspartner „mir seinen Namen gesagt hat“.

Der geheimnisvolle Anrufer habe ihn gefragt, „ob wir nach wie vor Interesse an dem Dioxan-Problem hätten“; Ballhaus habe „bejaht“. Der Unbekannte habe ihm daraufhin „Informationen über die Hintergründe“ angeboten und dafür 50 000 Mark verlangt – genau den Betrag, den Barschels Pfeiffer für den Piel-Auftrag brauchte. Ein Viertel davon, so wurde laut Ballhaus vereinbart, sollte als Anzahlung geleistet werden.

Für die Firmen-Buchhaltung habe ihm der Unbekannte eine „Rechnung von einem seriösen Institut“ in Aussicht ge-



Ausschuß-Zeuge Ballhaus  
Um Beurlaubung gebeten

...CHRISTLICH...



...DEMOKRATISCHEN...



...UNION....



stellt, der wahre Zweck sollte jedoch vertuscht werden. Ballhaus: „Wir einigen uns auf Sicherheitsüberprüfung, die es für mich ja auch letztlich war.“ Auch Schwarzkopf-Mitgesellschafter Hans Peter Schwarzkopf, der erst später eingeweiht wurde, fand die Umschreibung passend: Bei den angeblich erwarteten Dioxan-Informationen habe es sich „um Sicherheit im weitesten Sinne“ gehandelt, nämlich um die „Sicherung unseres Geschäftes, unseres Umsatzes“.

Tatsächlich traf bei Ballhaus wenige Tage später eine Rechnung des Detektiv-Büros Harry Piel ein, datiert vom 24. Januar. Mittlerweile steht fest: Die Rechnung, die bei Ballhaus beschlagnahmt wurde, ist fast Wort für Wort identisch mit einem „Briefentwurf“, den Barschel während des Gesprächs mit Pfeiffer über den Geldgeber Ballhaus diktiert haben soll und den Pfeiffer Anfang September seiner eidesstattlichen Erklärung beifügte – ein starkes Indiz für die Stichhaltigkeit seiner Vorwürfe, ein massives Beweismittel gegen die Shampoo-Connection Barschel/Ballhaus.

Dieses Papier brachte Pfeiffer mit, als er sich, ebenfalls am 24. Januar, mit Piel im Bremer Restaurant „Churrasco“ traf. Bei dieser Gelegenheit, so sagte Piel vor der Staatsanwaltschaft aus, habe Pfeiffer ihn erstmals gefragt, ob der Detektiv auch Informationen über „Monitor“-Chef Bednarz beschaffen könne. „Dieser Bednarz“, so Pfeiffer laut Piel, sei „lange Zeit als Korrespondent in Moskau tätig gewesen“, und „es gelte herauszufinden, ob er ‚kommunistische Adern‘ hätte“.

Piel will Pfeiffer beschieden haben, daß er „hier keine Überprüfung durchführen könne. Diesbezüglich müsse er schon zum Verfassungsschutz gehen“. Gleichwohl notierte er sich auf einem Zettel („4 od. 5 ARD in Warschau“), daß Bednarz auch einige Jahre in Polen gearbeitet hatte, außerdem den von Pfeiffer als Ansprechpartner empfohlenen „Theo M. Loch“, vormals Chefredakteur beim Westdeutschen Rundfunk und somit Vorgesetzter von Bednarz.

Gleich nebenan auf demselben Zettel, den die Staatsanwaltschaft in Piels Büro fand, stehen zwei weitere Namen, die Pfeiffer als Kontaktpersonen genannt

hatte – allerdings in Sachen Engholm: „Nielius“ und „Sadek“. Der frühere SPD-Pressesprecher Klaus Nilius und dessen Mitarbeiterin Renate Sadek aus der SPD-Fraktionspressestelle sollten offenkundig, um den Detektiven die Arbeit zu erleichtern, nach Veranstaltungsterminen des SPD-Spitzenkandidaten befragt werden.

Auch auf zwei weiteren Notizzetteln Piels taucht der Name Bednarz nochmals auf. Doch eine Ausforschung des „Monitor“-Leiters will Piel nie betrieben haben. Und auch „hinsichtlich der Sicherheitsüberprüfung der Firma Schwarzkopf“ ist der Detektiv, wie die Staatsanwaltschaft ermittelte, „kaum tätig geworden“.

Hingegen steht fest, daß es mit der Beschattung Engholms „am 27.1.87 morgens bei uns losging“ (Piel). Erst postierten sich, bis zum 2. Februar, die Detektive Hermann Dierken und Bernd Jabben beim Kieler Landeshaus und vor Engholms Lübecker Wohnung, dann übernahmen am 9. und 10. Februar Manfred Kuffel-Neubert und Nikolaus Maier die Observation.

Die Spürnasen stellten sich indes so tölpelhaft an, daß sie vorzeitig zurückbeordert wurden, ohne auch nur die Spur einer Erkenntnis in dem von Barschel gewünschten Sinne erhalten zu haben: Mal fielen sie Nachbarn auf, die die Polizei riefen, mal hängte sie Engholm bei Verfolgungsfahrten ab, und als der Oppositionsführer an einem Freitagabend zur NDR-Talk-Show nach Hamburg fuhr, kriegten die vor dem Wohnhaus ausharrenden Schnüffler nichts davon mit – Piel, der zu Hause vorm Fernseher saß, mußte sie informieren.

Die Detektive, lästerte Jens Ruge, der FDP-Vertreter im Kieler Untersuchungsausschuß, hätten ihre Zielperson „öfter verloren als gefunden“. Trotz solcher Pfuscharbeit bezahlte die Firma Schwarzkopf anstandslos die Piel-Rechnung über 12 500 Mark plus Mehrwertsteuer, insgesamt 14 250 Mark. Der Betrag wurde Piels Konto am 10. Februar gutgeschrieben.

Im nachhinein behaupten Piel wie Ballhaus, das Geld sei ja gar nicht für die Engholm-Bespitzelung geflossen. Aber es erfolgte auch sonst keine Gegenlei-

stung der Detektei: Weder wurden, wie es auf der Rechnung steht, die „Sicherheitseinrichtungen“ auf dem Schwarzkopf-Gelände überprüft, noch gab es irgendwelche Dioxan-Informationen, die angeblich durch die Vokabel „Sicherheits-Analyse“ getarnt werden sollten.

Monatelang hielt Ballhaus still. Der Schwarzkopf-Geschäftsführer faßte kein einziges Mal bei Piel nach, wann denn die angeblich versprochenen Materialien gegen „Monitor“ geliefert würden, und er forderte auch das Geld nicht zurück.

Zwar behauptet Piel, er habe mal im Februar, mal im Mai den Schwarzkopf-Manager aufsuchen wollen, um mit ihm „ein Gespräch über Umfang und Art des Auftrags zu führen“. Der Pförtner habe ihm aber in beiden Fällen mitgeteilt, daß Ballhaus nicht in der Firma sei. Deshalb, so Piel, habe er sich nur „das Gelände von außen angeguckt“. Weder der Pförtner noch Sekretärinnen können sich indes erinnern, daß der Detektiv jemals vorgeschprochen hat.

In Wahrheit hielten beide Seiten die Sache nach der Aktion gegen Engholm offenbar für abgeschlossen, denn bis vor zwei Monaten rührte sich nichts mehr. Das änderte sich jedoch schlagartig, als der SPIEGEL am 4. September, dem Freitag vor der ersten Waterkantgate-Veröffentlichung, Ballhaus und Piel über ihre Rolle bei der Engholm-Bespitzelung befragte. Aufgeregt rief der Schwarzkopf-Geschäftsführer, der bis dahin keinerlei Kontakt mit dem Detektiv hatte, Piel an.

Er habe, sagte Ballhaus vor der Staatsanwaltschaft, Piel „gefragt, ob er irgend etwas mit der Überwachung von Herrn Engholm zu tun habe“; Piel habe verneint. Der wiederum erklärte den Ermittlern, er habe gegenüber Ballhaus geäußert, „über die Sache mit Engholm“ könne er „nichts sagen“. Auf die Frage von Ballhaus, ob zwischen der Bespitzelung des SPD-Spitzenmannes und dem Schwarzkopf-Auftrag „ein Zusammenhang bestände“, will Piel erwidert haben, „daß von meiner Seite kein Zusammenhang zu sehen sei“.

Krampfhaft versuchten Ballhaus und der Detektiv, den nicht zu leugnenden Spitzel-Einsatz und die Tarn-Version auf der Rechnung auseinanderzuhal-

ten. Doch im Bestreben, falsche Spuren zu legen, machte Piel einen Fehler – er begann, die „Sicherheits-Analyse“ auf einmal wörtlich zu nehmen.

„Wie weit ist denn die Sache?“ will Ballhaus den Detektiv gefragt und damit den Dioxan-Komplex gemeint haben. Doch Piel habe geantwortet: „Ich habe noch nicht angefangen, mir fehlen ja noch die Pläne“ vom Firmengelände; die wolle er sich in der darauffolgenden Woche bei Ballhaus abholen.

## „Offenbarung eines Komplotts“

Die Barschel-Desinformation in „Welt“ und „Bild“ geht weiter

Die Kieler Aufklärungshilfe zur Barschel-Affäre kam den Redaktionen von „Bild“ und „Welt“ erkennbar ungelogen. Über die Dokumentation des CDU-Landtagsabgeordneten Trutz Graf Kerssenbrock, der Mitte letzter Woche eine Fülle von Belegen und Indizien für die Verstrickungen des früheren CDU-Ministerpräsidenten aufgelistet hatte, berichteten die beiden Leitblätter des Axel Springer Verlags nur höchst wortkarg.

Die „Bild“-Zeitung tat das 19-Seiten-Papier mit 19 Zeilen ab. Ersichtlich geht es im Haus Springer darum, doch noch die wahren Schuldigen zu entlarven, die für maßgebliche Springer-Journalisten seit langem feststehen: die Linken, die Sozialdemokraten.

Die guten Vorsätze Kerssenbrocks, der seinen Auftrag als Fraktionsobmann im Kieler Untersuchungsausschuß nicht als „Frage der Solidarität, sondern der Fakten“ gesehen hatte, nahmen sich in solcher Sicht befremdlich aus. Vertraut dagegen klang das Motto, es komme auf die „Offenbarung eines lang angelegten Komplotts“ an, in das „die SPD hauptamtlich verwickelt ist“ – wie es CDU-Generalsekretär Heiner Geißler Mitte Oktober in Springers „Bild am Sonntag“ ausgegeben hatte.

Diese Vorgabe wurde von mehreren Springer-Zeitungen, voran „Welt“, „Bild“ und „Bild am Sonntag“, so vorbildlich verarbeitet, daß – nach geläufigem Muster – auf ihre Propaganda auch die eigenen Top-Leute hereinfließen. So wertete Peter Tamm, der Vorstandsvorsitzende des Springer-Konzerns, eine briefliche Anfrage des SPD-Präsidiumsmitglieds Peter Glotz nach Fragwürdigkeiten bei der Überlassung des Springer-Angestellten Reiner Pfeiffer an Barschel als „Entlastungsangriff“ einer Partei, „die sich in Bedrängnis weiß“. Denn, so Tamm Ende Oktober in seinem Antwortbrief an Glotz:

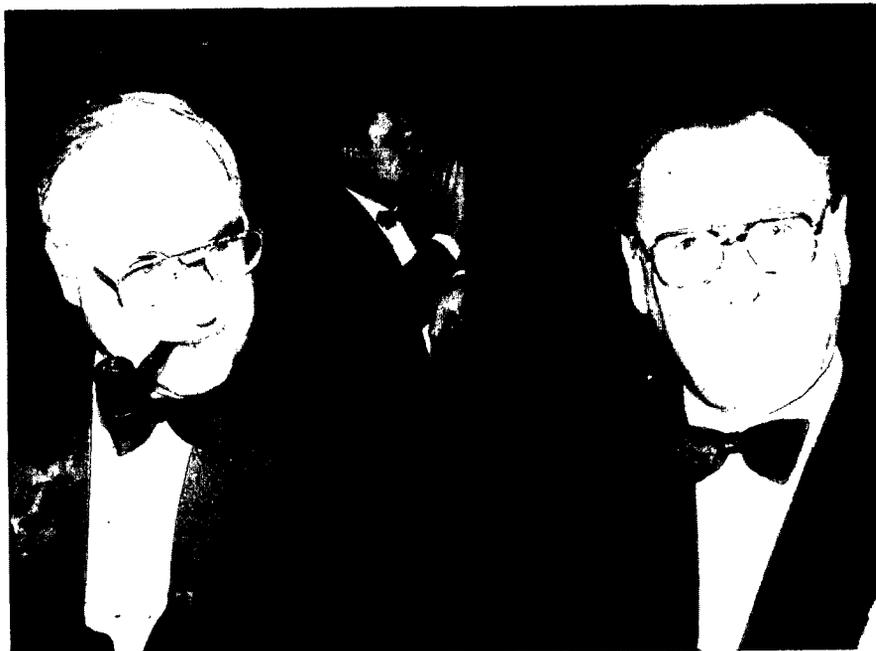
Wenn ich heute die überraschende Aussage Ihres Fraktionsvorsitzenden Dr. Jochen Vogel in der „Welt“ lese, stellt sich mir die Frage, ob nicht die SPD der Öffentlichkeit eine vollständige Aufklärung ihrer eigenen Rolle schuldet; denn immerhin hat Dr. Vogel erst jetzt eingeräumt, daß

Graf Kerssenbrock fand es, kurz vor seinem Rückzug aus dem Ausschuß, „nicht überzeugend, daß man sich eine neue Geschichte ausdenkt, weil man erkennt, daß die alte nicht stimmt“. Am Freitag vergangener Woche ließ sich der Schwarzkopf-Geschäftsführer „für die Dauer der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses“ beurlauben.

Die meisten Ausschußmitglieder schienen den Hintergrund der Bespitzelung – trotz aller Vernebelungsversuche

und der Schutzbehauptungen – letzte Woche für hinreichend geklärt zu halten. Ob sich allerdings die bis dahin unbekannteren, schon im letzten Jahr gestarteten früheren Engholm-Observierungen ebenso aufhellen lassen wie die Piel-Einsätze, ist höchst fraglich. Pfeiffer jedenfalls, der so vieles enthüllt hat, kann in diesem Fall nicht weiterhelfen.

„Damit habe ich nichts zu tun“, eröffnete er letzte Woche dem SPIEGEL, „das ist eine andere Geschichte.“



Freunde Kohl, Tamm: Ladehemmung in der „Bild“-Zeitung

er bereits am 8. September von der Bespitzelung seines Parteifreundes Engholm wußte.

Das Rätsel um Vogels geheimnisvolles Wissen am 8. September hätte sich leicht klären lassen, in der „Welt“ war es sogar beiläufig erwähnt: Einen Tag zuvor, sechs Tage vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl, hatte der SPIEGEL erstmals über die „Observierung des Oppositionsführers“ und die anonyme Steueranzeige gegen Björn Engholm berichtet.

Vogel fühlte sich bemüßigt, bei seinen Parteifreunden in Kiel nachzufragen. Die Herren des Springer-Konzerns aber ließ der Skandal kalt – jedenfalls so lange, bis plötzlich der Vollstrecker der vom SPIEGEL gemeldeten „dirty tricks“ sich selbst und seinen Ministerpräsidenten öffentlich beschuldigte: der ausgeliehene Springer-Angestellte Reiner Pfeiffer.

Da empörten sich die aufgeschreckten Springer-Blätter – nicht über die Engholm-Verfolgung, sondern über deren Aufdeckung: „Was hat der SPIEGEL

mit Barschel gemacht, was hat die SPD im Kontakt zu Pfeiffer mit Barschel gemacht . . .“, fragte die „Welt“. Die Hausstrategie stand schnell fest: „Im Bermuda-Dreieck zwischen Staatskanzlei, SPD und SPIEGEL ging Barschel unter“, schrieb der stellvertretende „Bild“-Chefredakteur Hans-Hermann Tiedje Mitte Oktober in einem gleichgesinnten Branchendienst.

Pfeiffers Stellenwert bei Springer wurde heruntergespielt. Für ein Zeitungsprojekt sei er nur „einer von 35“ gewesen, argumentierte der Bonner „Bild“-Chef Wolfgang Kennemich. In Wahrheit sollte Pfeiffer der Politik-Chef der neuen Zeitung werden.

Als das Projekt abgeblasen wurde, erwog Springer-Direktor Gerd Rattmann Pfeiffers Engagement als Politik-Chef bei „Bild“, bevor sich der Redakteur für den Wahlkampf-Abstecher in Barschels Kieler Staatskanzlei entschied. Was an journalistischen Karrieren bei Springer möglich ist, läßt der unglaubliche Umstand ahnen, daß die Berufung eines Reiner Pfeiffer zum politischen